

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2024

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

unsere Welt befindet sich in einem anhaltenden Krisenmodus, der immer mehr Menschen erschöpft und verunsichert. Klimawandel, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energiekrise, Nahostkonflikt, große Fluchtbewegungen, Inflation, sich verstärkende Spannungen zwischen Staaten weltweit und ein auch in Europa zunehmender Nationalismus. Auch bei uns erfahren diejenigen viel zu viel Zulauf, die mit einfachen und populistischen Losungen definitiv eines nicht anbieten: Lösungen. Lösungen aber brauchen wir. Wir müssen eine tiefgreifende Transformation gestalten – und das nachhaltig. Es geht um Klimaneutralität, um Energiewende, Verkehrswende, Digitalisierung und die Auswirkungen des demografischen Wandels, um Veränderungen des Lebens, des Arbeitens und des Wirtschaftens. Das alles ist gepaart mit einer multiplen Mangellage. Es gibt einen Mangel an Rohstoffen, an bezahlbarer Energie, an Wohnungen, an Fachkräften und einen Mangel an Frieden und Stabilität in der Welt. Natürlich sind Veränderungen und Wandel für den Ostalbkreis und die Kommunen keine neuen Phänomene. Aber jetzt sind die Herausforderungen erheblich vielfältiger und umfassender, müssen Veränderungen und Wandel schneller gestaltet und vollzogen werden, als zuvor. Wir müssen daher mit Mut neue Wege wagen, um die vor uns liegenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wir müssen Lösungen entwickeln und resilienter werden. Der Grundstein hierfür ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Denn die notwendige Transformation erfordert eine gemeinschaftliche Anstrengung aus und in allen Bereichen der Gesellschaft.

Finanzen und Höhe der Kreisumlage

Unser Haushalt ist nicht nur eine Ansammlung von Zahlen, sondern ein Ausdruck unserer Werte und Ziele als politische Gemeinschaft. In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht und den Ostalbkreis auf vielfältige Weisen gestärkt. Doch jetzt müssen wir „den Gürtel“ enger schnallen, denn der Haushaltsplan 2024 weist einen negativen Ergebnishaushalt von 10,7 Mio. € aus. Unsere Sorgenkinder sind vor allem das Klinikwesen, der ÖPNV und die Schülerbeförderung. Und trotzdem können wir uns keinen Stillstand leisten, müssen begonnene Projekte

weiterführen, neue Investitionen in Bau- und Infrastruktur durchführen. Sicherheit, Verlässlichkeit und gegenseitiges Vertrauen sind bei der Festsetzung der Kreisumlage wichtig. Von Seiten der Kreisverwaltung wird eine Anhebung um 2,35 Prozentpunkte auf 33,25 v. H. für 2024 vorgeschlagen. Da jedoch auch bei den allermeisten Kommunen und Städten die „fetten Jahre“ vorbei sind,

- schlägt die SPD-Fraktion eine Erhöhung der Kreisumlage nicht um 2,35%, sondern um einen Prozentpunkt weniger vor.

Die Finanzierung könnte durch eine „Globale Minderausgabe“ ausgeglichen werden.

- Darüber hinaus schlagen wir die Einrichtung einer Haushaltsstruktur-Kommission zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen Stabilität der Finanzen im Ostalbkreis vor.

Diese dient ebenfalls zum Erhalt der Investitionsfähigkeit und gibt den Kommunen mehr Handlungsspielraum.

Soziale Inhalte und bezahlbarer Wohnraum

Doch all diese Anstrengungen dürfen nicht dazu führen, dass wir all denjenigen weniger Aufmerksamkeit schenken, die schon jetzt unsere Aufmerksamkeit, unsere Zuwendung und unserer Unterstützung benötigen. Der klassische Sozialetat nimmt auch wieder im Haushalt 2024 mit Ausgaben von 381,7 Millionen € den größten Teilumfang ein. Der höchste Anteil fällt dabei auf die Eingliederungshilfe. Es sind zum großen Teil Pflichtaufgaben, die ganz vielen Menschen helfen. Dafür zu sorgen, dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung findet, ist solch eine soziale Aufgabe unserer Politik. Beim Thema bezahlbarer Wohnraum sehen wir im Kreis noch Verbesserungsbedarf.

- Daher unsere Anregung, dass der Landkreis ein breites Bündnis schmiedet, mit den kommunalen, den genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Bauträgergesellschaften in der Region, um noch mehr Wohnbaumöglichkeiten zu realisieren.

Dazu gehört es auch Maßnahmen, Anreizsysteme und Förderungen zu schaffen, die alle zu einer Entlastung auf dem Wohnungsmarkt beitragen können.

- Außerdem bitten wir um einen Bericht über die Kampagne „Wohnraum“ im Ostalbkreis.

Ziel dieser Kampagne ist es, dass der Kreis leerstehende Wohnungen anmietet, um diese auf den Wohnungsmarkt zu bringen. Dieser Bericht sollte auch die Kooperationen mit den beteiligten Städten und Gemeinden beinhalten.

Gute Bildung, Aus- und Weiterbildung

Bildung ist unser einziger Rohstoff, den wir selbst schöpfen können. Für uns war und ist Bildung der Schlüssel zu mehr Chancengleichheit, daher müssen wir allen Kindern und Jugendlichen gleiche und hochwertige Bildungschancen bieten. Investitionen in eine moderne Infrastruktur sind unerlässlich.

Unsere beruflichen Schulen und unsere Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren haben eine ausgezeichnete Qualität. Sie lehren, bilden aus und leisten hervorragende pädagogische Arbeit auf einem sehr hohen, breit aufgestellten und zukunftsfähigen Niveau.

Da wir unsere kreiseigenen Schulen jedoch stets „auf dem neuesten und besten Stand halten“ müssen,

- bitten wir um einen Bericht über die mittel- bis langfristig notwendigen Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen an unseren Berufsschulzentren und beruflichen Gymnasien in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen, mit einer aussagekräftigen Investitionskosten-Vorausschau.

Um unsere duale Ausbildung und die Übergangsjahre Schule-Beruf werden wir sehr beneidet.

- Im Zusammenhang mit der dualen Ausbildung bitten wir zu überprüfen, ob und wo im Kreis es sinnvoll ist, für anerkannte Ausbildungsberufe länderübergreifende Fachklassen einzurichten.

Hier wurde die Rahmenvereinbarung im März dieses Jahres geändert. Ganz konkret, müssen die 15-jährigen Azubis im Baugewerbe aus Bopfingen bereits am Vorabend nach Grunbach fahren, obwohl es im nahegelegenen Nördlinger Bereich diese Fachklasse auch gibt.

Offensichtlich ist, dass wir Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften überhaupt abdecken zu können. Wir benötigen eine durchdachte Zuwanderung, ein Landesprogramm zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte, ein zügiges, transparentes Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Stärkung der Ausbildung im Handwerk, eine Ausbildungsplatzgarantie sowie die Abschaffung von internationalen

Studiengebühren.

Mit der EATA hat man in Ellwangen den richtigen Weg eingeschlagen, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen, die wir dringend brauchen. Großes Kompliment für diese Einrichtung.

Zu den absoluten Stärken unseres Kreises gehören unsere drei Hochschuleinrichtungen. Diese in ihrer Entwicklung optimal zu fördern und zu vernetzen war und ist schon immer gut investierte Politik für unsere Zukunftssicherung, gut für die wirtschaftliche Prosperität und gut für die Innovationsfähigkeit unserer Raumschaft. Gerne wird die SPD-Fraktion die kooperativen und innovativen Gedanken und Arbeitsweisen begleiten und unterstützen.

Mehr Demokratie wagen und praktizieren

1968 sagte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Und dieser Satz ist heute aktueller denn je. Unsere Jugendlichen haben ab 16 Jahren das aktive und passive Wahlrecht bei Gemeinderatswahlen und könnten mit 18 Jahren Bürgermeister werden. Nicht alles Wissen kann nur durch den Schulunterricht abgedeckt werden. Daher müssen wir gerade in unseren jetzigen sehr herausfordernden Zeiten unsere demokratischen Werte leben, sie vermitteln und sie schützen. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus müssen von frühester Kindheit an bekämpft werden. Demokratisches Handeln beginnt schon im Kleinen. Und zwar überall dort, wo Mitbestimmung möglich und Haltung gefragt ist. Daher begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich „Die Partnerschaft für Demokratie Ostalbkreis“ mit dem Kreisjugendring.

- Wir bitten um einen Bericht des Kreisjugendrings über dieses, aber auch über ihre weiteren Aufgaben, Ziele und Projekte.

Klima-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir haben den Anspruch, auch im Ostalbkreis als erfolgreicher Industrie- und Innovationsstandort mit sicheren und guten Arbeitsplätzen, den wirksamen Klimaschutz voranzutreiben. Unser Anspruch ist, dass die klimafreundliche Lösung immer die einfachere ist – für unsere Wirtschaftsunternehmen genauso wie für den Alltag jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Dazu gilt es, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Unverzichtbar ist es deshalb, die

Planungsverfahren für den Bau von Netzen, Windrädern und Infrastruktur um ein Vielfaches schneller zu machen. Und dabei müssen wir immer ganzheitlich denken. Wir müssen uns neue Technologien nutzbar machen, den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft im Industriemaßstab vorantreiben und auch dafür sorgen, dass wir beim Aufbau einer klimaneutralen Industrie Innovationen aktiv fördern und technologisch neue Maßstäbe setzen. Vor allem Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Hier brauchen wir schnell einen Anschluss an die überregionale Wasserstoffinfrastruktur.

Wärmepläne auf kommunaler Ebene sind eine zentrale Säule des Klimaschutzgesetzes. Eine verbindliche gesetzliche Verpflichtung dient dabei als zusätzlicher Antrieb, um diese wichtige Transformation voranzutreiben.

- Die SPD-Fraktion beantragt eine Prüfung, ob und wie das EKO - Energieberatungszentrum des Ostalbkreises in Böbingen - tatkräftige Unterstützung, Hilfestellung und Informationsquelle bei der Erstellung der Wärmeplanungen in den Städten und Kommunen sein kann.

In der Oktobersitzung des Kreistages hat Herr Bihr in seinem Energiebericht überzeugend dargelegt, dass der OAK in Sachen Energieeinsparung, Umstieg auf noch mehr erneuerbare Energien und Klimaschutz auf einem guten Weg sei. Das sehen wir auch so und das verdient auch unsere Anerkennung. Die Richtung stimmt, die Frage ist, ob die Geschwindigkeit auch stimmt. Bei genauerer Betrachtung bekommen wir tatsächlich Zweifel, ob der OAK die vom Land ausgegebene Zielsetzung einer Klimaneutralität bis zum Jahr 2040, also in nur noch 17 Jahren, bei zukünftig gleicher Entwicklungsgeschwindigkeit wie in der Vergangenheit, tatsächlich erreichen kann.

- Wichtig ist für die SPD-Fraktion, dass auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Festsetzung der Klimaziele in allen Bereichen der Landkreisverwaltung erfolgt.

Auch die Gesellschaften des Ostalbkreises und besonders die Kliniken müssen mitberücksichtigt werden. Gerade in diesen Bereichen entstehen die höchsten CO₂-Emissionen und hier sind die größten Einsparpotentiale bei den Energiekosten vorhanden.

Wir begrüßen die von Ihnen, Herr Landrat und von Frau Erster Landesbeamtin Seefried bekanntgegebene Zielsetzung der Erstellung einer Roadmap für einen

klimaneutralen Ostalbkreis. Im Klimabeirat des Landkreises wurde der Weg zur Realisierung dieser Roadmap schon vorgestellt und genauer erörtert.

- Um was es hier genau geht, bis wann dies geschehen soll und mit welcher präzisen Zielsetzung, Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit, das muss in dieser Roadmap unmissverständlich definiert werden.

Für uns von der SPD-Fraktion ist die Erstellung dieser Roadmap und deren Umsetzung eine der wichtigsten Aufgaben des OAK und des Kreistages in den nächsten Jahren. Deshalb werden wir diese Arbeit mit ganzer Kraft unterstützen.

Mobilität

Wir brauchen neue Mobilitätsformen, um uns klimaschonender, nachhaltiger, sozial gerechter und wirtschaftlicher aufzustellen. Diese klimaschonenden Verkehrskonzepte gilt es ausbauen und zu vernetzen, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 % zu senken und uns muss bewusst sein, dass Mobilität immer Teilhabe bedeutet.

Die Stärkung der Schiene bildet das Rückgrat im Rahmen unserer Mobilitätswende. Wo immer möglich sollte Schienenausbau vor Straßenausbau erfolgen. Es gilt mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen und vor allem den Ausbau der Rems-, Ries- und Oberen Jagstbahn sowie der Brenzbahn zu forcieren. Wir treiben die nachhaltige Mobilitätswende voran, mit dem Aufbau eines Leitmarkts für E-Mobilität und einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. Das Herzstück moderner nachhaltiger Mobilität bilden ein starker öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und eine moderne und pünktliche Deutsche Bahn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir begrüßen, dass unser JugendTicketBW für 365 € ab dem 1. Dezember 2023 in das D-Ticket JugendBW überführt wird. Dieses ist dann, genau wie das klassische Deutschland-Ticket, innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland im Nahverkehr mit Bus und Bahn gültig. Leider noch nicht zum Start im Dezember 2023, aber hoffentlich in naher Zukunft, wird das D-Ticket JugendBW neben der Chipkarte dann auch als Handy-Ticket über eine neue OstalbMobil-App verfügbar sein. Wir stehen zum 49-Euro-Ticket und hoffen, dass dieses noch lange zu diesem Preis erhältlich ist.

Durch den Ausbau von sicheren Radwegenetzen müssen vermehrt Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs im Ostalbkreis alltägliche Verkehrsmittel werden.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur wird es 2024 darum gehen, die Verkehrsinfrastruktur im Bereich der B 29 weiter voranzubringen und umweltschonende und ortslagennahe Umfahrungen, wo sinnvoll und nötig, weiter zu planen.

Gesundheits- und Klinikstrukturen

Gesundheit ist unser höchstes Gut und unsere Aufgabe ist es daher, eine optimale Gesundheitsversorgung für all unsere Bürgerinnen und Bürger flächendeckend sicherzustellen. Wir müssen das Ziel einer wirklich guten Versorgung und einer schnellen Erreichbarkeit immer vor Augen haben. Die Idee, dass ansässige Partner aus der Medizin-, Gesundheits- und Pflegebranche stärker zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung weiter zu verbessern, ist daher sicher richtig und notwendig.

Der Kreistag des Ostalbkreises hat im Juli entschieden, das Modell „Regionalversorgung“ mit den Bausteinen eines klinischen Regionalversorgers (ca. 700 stationäre Betten), zweier klinischer Grund-/Basisversorger in Mutlangen und Ellwangen und eines ambulanten Gesundheitszentrums in Bopfingen weiterzuverfolgen. Die Standortsuche für ein Regionalklinikum läuft. Dieser Regionalversorger soll in der Mitte des Landkreises sein. Ausgehend von der Erreichbarkeitsmitte (Essingen/Forst), welche für den größten Teil der Bevölkerung in ca. 30 Minuten erreichbar ist, soll dieses Grundstück innerhalb eines fünf Kilometerradius gesucht werden. Aalen, Essingen und Mögglingen haben fristgerecht Grundstücksangebote abgegeben, diese werden nun eingehend geprüft. Ferner prüft die Endera Management Beratung GmbH auf Grundlage der beschlossenen objektiven Bewertungskriterien verschiedene Modelle. Bis wir die Ergebnisse dieser Prüfverfahren, also belastbare Zahlen, Daten, Fakten vorliegen haben, bittet die SPD-Fraktion für das weitere Verfahren zur Sachlichkeit und zur Objektivität ohne Emotionen zurückzukehren. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns.

Eine erste medizinisch-inhaltliche Vorstellung von Zielbildern des zukünftigen Regionalklinikums und der beiden Basisversorgungs-Krankenhäuser in Mutlangen und Ellwangen ist im Verwaltungsrat der Kliniken vorgestellt worden und wird in den Fraktionen beraten.

- Für die SPD-Fraktion ist auch eine Darstellung wichtig, welche Investitionen der letzten 10 Jahre an den drei Standorten für eine neue geplante Ausrichtung

weiter- und /oder umgenutzt werden können. Ebenfalls möchten wir die Höhe der voraussichtlichen Sonderabschreibungskosten für dort nicht mehr benötigtes Anlagevermögen erfahren.

Da das Klinikdefizit in exorbitante Höhen geschneilt ist, müssen wir sehr zeitnah dem finanziellen Desaster entgegensteuern und dieses bereits 2024 auf maximal 30 Millionen Euro und weiterhin noch niedriger begrenzen. Dazu müssen wir bereits 2024 konsequent wirksame Sanierungsmaßnahmen realisieren. Es gilt vielfältige Einsparpotentiale auszuloten und Übergangsmaßnahmen umzusetzen. Diese Maßnahmen dürfen jedoch in der Interimszeit nicht kontraproduktiv sein und zum Verlust von Vertrauen der Patientinnen und Patienten und zum Verlust von zertifizierter Qualität und/oder dem Verlust von wertvollem Personal und Know-how führen.

- Interessant wäre für die SPD-Fraktion eine intensive Überprüfung, welche Maßnahmen zur organisatorischen Zusammenführung tatsächlich seit der Bildung der Krankenhausanstalt des öffentlichen Rechts im Jahr 2017 vorgeschlagen und umgesetzt wurden.

Zur Reduzierung des enormen Defizits ist für uns ein umfassendes Sanierungsmanagement zur medizinischen Neuausrichtung und wirtschaftlichen Konsolidierung der Ostalb-Kliniken unumgänglich. Dazu gehört ebenfalls eine Verschlinkung der Administrations-Strukturen sowie die zeitnahe Umsetzung eines Zweier-Klinik-Vorstandes.

Flüchtlingssituation

Der Krieg in der Ukraine und der Überfall der Hamas auf Israel hat uns vor Augen geführt, dass Frieden in der Welt nicht selbstverständlich ist. Viele Menschen fliehen vor dem Krieg, vor Konflikten in der Welt oder vor Natur- und Hungerkatastrophen. EU, Bund, Länder, Kreise und Kommunen sind gemeinsam in der Verantwortung diesen Menschen zu helfen. Die SPD bekennt sich klar und uneingeschränkt zum Recht auf Asyl und Schutz für bedrohte Menschen. Migrations- und Integrationspolitik sind für uns eine dauerhafte Aufgabe. Bund und Länder haben sich auf wichtige Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik verständigt. So unterstützt der Bund anstatt der bisherigen festen Pauschale Länder und Kommunen zukünftig mit einer Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 7.500 € pro Asylbewerber. Ein automatischer Anspruch auf Sozialhilfe und Bürgergeld wird zukünftig erst nach 36 statt bisher 18 Monaten möglich sein.

Allein diese beiden Maßnahmen entlasten Länder und Kommunen um 3,5 Milliarden Euro jährlich. Zudem wurden Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren beschlossen. Dazu brauchen wir mehr Personal in Justiz und Verwaltung, mehr Digitalisierung in den Ausländerbehörden, um die Verfahren zu beschleunigen und die Schaffung eines Landeseinwanderungsamtes mit einer zentralen Personal- und Entscheidungspolitik zur Beschleunigung von Verfahren und zur Entlastung der Ausländerbehörden. Dies alles ist ein großer Kraftakt, den wir nur gemeinsam stemmen können. Der Ostalbkreis hat bereits in der Vergangenheit geholfen, geflüchteten Menschen aus aller Welt eine Unterbringung zu geben, in vielen Fällen sogar eine neue Heimat und einen Beruf.

Im Ostalbkreis sind nach Aussagen der Landkreisverwaltung im kommenden Jahr 300 weitere Plätze für die vorläufige Unterbringung von Geflüchteten bereitzustellen. Allerdings findet sich im Finanzhaushalt keine Investition in die dafür notwendigen Immobilien. Aus Sicht der SPD sollten Immobilien, die eigentlich nicht zum Wohnen geeignet sind, nicht dauerhaft als Unterkünfte genutzt werden. Das kann nur eine Notlösung sein.

Daher finden wir es notwendig, dass der Landkreis geeignete eigene Immobilien für diese Zwecke entwickelt.

- Die SPD beantragt deshalb, dass die Verwaltung ihre Strategie für die Immobilien der vorläufigen Unterbringung darlegt.

Bürgerschaftliches Engagement

Der SPD-Kreistagsfraktion ist es sehr wichtig, allen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sei es in der Flüchtlingsarbeit, in den Vereinen, bei der Betreuung und Unterstützung alter oder kranker Menschen, der Feuerwehr, dem Tierschutz etc. für ihre besondere bürgerschaftliche Arbeit ganz herzlich zu danken. Sie alle haben unseren großen Respekt und Wertschätzung verdient und die Ehrenamtskarte ist nur ein kleiner Beweis dafür, wie sehr wir ihre Arbeit schätzen.

Dank

Das Jahr 2023 war geprägt von vielen Veranstaltungen zum 50. Geburtstag des Ostalbkreises. Lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion ein riesengroßes Lob und einen Dank aussprechen für diese abwechslungsreichen und tollen Veranstaltungen. Bei jeder Veranstaltung hat man gesehen, wie jung, agil, bunt

und vielfältig unser Kreis ist und welch tolle und liebenswerte Menschen hier wohnen.

Danke sagen dürfen wir auch für die kompetente Arbeit der Landkreisverwaltung und das gute und faire Miteinander, geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Namentlich möchten wir Ihnen danken, Herr Landrat Dr. Bläse. In diesen Dank schließen wir natürlich auch unseren Kämmerer Herrn Kurz mit seinem Team sowie die ganze „Verwaltungsbank“ und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung ein.

Ein Dankeschön geht an alle Mitglieder des Kreistags für die offene und kollegiale Zusammenarbeit sowie an die Pressevertreter, die uns immer tapfer begleiten. Wir freuen uns auf konstruktive und spannende Debatten und Diskussionen bei den anstehenden Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.